

# Haushaltsrede 2007 der UWG-Fraktion in Kirchlengern

gehalten am 15. März 2007 vom Fraktionssprecher Michael Schmale

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Zunächst ein Blick zurück, auf das vergangene Haushaltsjahr 2006.

Das prognostizierte Defizit im Jahr 2006 von 3,15 Millionen Euro, ist durch einen nicht zu erwartenden Anstieg der Gewerbesteuer auf 2,3 Millionen Euro gesenkt worden.

Aber wie gerade gesagt, es bleibt ein Defizit von immer noch 2,3 Millionen Euro. Eine finanzstarke Gemeinde wie Kirchlengern, ist nicht in der Lage, seinen Haushalt zu finanzieren. Selbst wenn die Gemeinde Kirchlengern sein Schwimmbad, die Musikschule, das kommunale Kino und die Bücherei schließen würde, und allen Vereinen keine Zuschüsse mehr zahlen würden, bliebe der Gemeinde ein Defizit. Spätestens an dieser Stelle merkt ein jeder, dass das System, in welchem sich die Gemeinde Kirchlengern befindet, krank ist.

Nun zum Haushaltsbuch für 2007.

Die, von den Fraktionen der UWG und der CDU geforderten Bemühungen der Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung, haben Früchte getragen. Die Einsparungen bzw. Einnahmeverbesserungen im Bereich der Straßenbeleuchtung, der Musikschule, des Kinos, der Personalaufwendungen, der Sonderschule, bei den Zinsen und, nicht zu vergessen, bei den Schülerbeförderungskosten, um nur einige zu nennen, haben Wirkung gezeigt. Ungefähr 300.000 Euro sind das Ergebnis dieser Konsolidierung. Dafür, und auch für die Aufstellung und Präsentation des Zahlenwerkes ein Dankeschön an die zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung.

Der Umzug der Albert-Schweitzer-Schule in das Gebäude der ehemaligen Grundschule in Quernheim, ist auch nach der Kostensteigerung bei den Umbaumaßnahmen die richtige Entscheidung. Anstelle der Kosten zur Renovierung des Schulgebäudes in Klosterbauerschaft von geschätzten 1,1 Millionen Euro, werden nun 580.000 Euro ausgegeben. Und das auch nur, weil ein Teil der Schule in einem Zustand ist, in dem er selbst zu Grundschulbetriebszeiten nicht hätte sein dürfen. Wenn dann noch ein Erlös für Gebäude und Fläche der Albert-Schweitzer-Schule in Klosterbauerschaft erzielt werden kann, ist die Entscheidung von UWG und CDU mehr als Richtig gewesen.

Dagegen ist der Umstand Schlüsselzuweisungen vom Land in Höhe von 1.241.000 Euro zu bekommen ein Glücksfall, der nur durch den Berechnungszeitraum zweier weniger guter Halbjahre in zwei ver-

schiedenen Kalenderjahren, zu Stande gekommen ist. Ein glücklicher Umstand in einem kranken System. Ohne diese Schlüsselzuweisung würde Kirchlengern in 2007 mit einem Defizit von 3.153.780 Euro abschließen.

Wo man sich noch eben über eine Konsolidierung in Höhe von ca. 300.000 Euro gefreut hat, wird diese durch die Mehrwertsteuererhöhung um 3% von CDU und SPD wieder aufgezehrt. 290.000 Euro kostet der Gemeinde Kirchlengern die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Ich denke wir alle können uns noch an die Schilder erinnern, die durch die Sozialdemokraten im Herbst 2004 aufgestellt wurden. Darauf war geschrieben, dass es mit der SPD keine „Merkelsteuer“ geben wird. Alle die der SPD darauf hin ihre Stimme gegeben haben, wurden belogen. Da braucht man dann auch nicht nach Einsparpotential suchen, sondern holt sich das Geld über die Erhöhung von Steuern. Mich wundert, dass SPD und CDU das Prinzip nicht hier in Kirchlengern anwenden wollen und in ihren Haushaltsreden Anträge für eine Steuererhöhung gestellt haben.

Aber es gibt noch weitere Umstände, die es der Gemeinde Kirchlengern unmöglich machen, für dringend notwendige Maßnahmen eine erforderliche Summe in die Hand zu nehmen. Verschiedenste Gesetze aus Bund und Land hindern Kirchlengern an einer gesunden kommunalen Selbstverwaltung. Die Leistungen für Asylbewerber betragen 290.000 Euro. Die Arbeitsmarktreform (Hartz IV) verschlechtert die finanzielle Situation der Gemeinde Kirchlengern um über 560.000 Euro. Der Solidarbeitrag in den „Fond deutsche Einheit“ schmälert die Finanzen unserer Kommune um 400.000 Euro. Seit 1991 sind nun 9,9 Millionen Euro gezahlt worden. Wie lange sollen wir noch in dieser Höhe Beiträge zahlen? Eine Verfügung des Regierungsbezirkes Detmold beteiligt Kirchlengern an der Krankenhausfinanzierung in NRW. Für förderfähige Investitionsmaßnahmen muss Kirchlengern ca. 187.000 Euro zahlen. Gegenüber dem letzten Jahr hat sich damit die Summe verdoppelt. Die Kreisumlage von 8,5 Millionen Euro ist für Kirchlengern ein nicht mehr zu stemmender Betrag, der sich vorrausichtlich in den nächsten Jahren weiter Erhöhen wird. Einzig und allein die Freien Wähler haben im Kreistag Vorschläge zur Konsolidierung des Kreishaushaltes gemacht. Keine der etablierten Parteien ist ernsthaft darauf eingegangen.

Auch wenn ich mich da wiederhole. Die Basis dieser Parteien die diese finanzielle Misere unserer Gemeinde zu verantworten haben, sitzt hier am Tisch. Die Kommunalpolitiker und Mitglieder dieser Parteien spenden, hängen Plakate auf und verpflichten sich durch ihre Satzungen den übergeordneten Gremien. Da noch über die äußeren Umstände zu jammern, und weiter davon zu sprechen, dass man auf bestimmte „Gegebenheiten“ keinen Einfluss habe, ist und bleibt unglaublich.

Meine Forderung in der letzten Haushaltsrede nach einer Gemeindefinanzreform möchte ich hier nicht wiederholen. Nach den Erfahrungen mit der Arbeitsmarktreform, die Städte und Kommunen

entlasten sollte, für Kirchlengern aber ein Minus von 560.000 Euro ergibt, und einer möglichen Unternehmensteuerreform, deren Referentenentwurf eine Senkung der Steuermesszahl auf 3,5% vorsieht, und damit ein Minus von 1,9 Millionen Euro für Kirchlengern verursachen würde, kann sich jeder ausmalen was passiert, wenn es eine Gemeindefinanzreform geben würde. Noch peinlicher kann sich Politik der etablierten Parteien in kleinen Gemeinden nicht verkaufen.

Im Haushaltsbuch für das Jahr 2007 ist eine Klimaanlage für das Obergeschoss des Rathauses enthalten. Die UWG war damals gegen eine Aufstockung für 400.000 Euro, die durch SPD und CDU beschlossen wurde. Schon damals war abzusehen, dass ein Obergeschoss, welches zu einem großen Teil aus Glas besteht, ohne Klimatisierung nicht auskommt. Dennoch wurde es entgegen besseren Wissens ohne Klimaanlage gebaut. Jetzt schiebt man die Arbeitsrichtlinien vor, und muss nachrüsten. Wir sind der Meinung, dass nun auch die genannten Parteien die Kosten von 30.000 Euro zu verantworten haben.

Auch die Sanierung des Bauhofgebäudes mit insgesamt 180.000 Euro erscheint uns viel zu hoch. Ein sehr gutes neues Einfamilienhaus ist preiswerter zu erwerben. Diese Maßnahme der Bauhofsanierung ist in den Augen der UWG falsch.

Einige positive Eindrücke zum Schluss.

Durch einen Einstellungs- und Beförderungsstopp, der von der UWG und der CDU gegen die Stimmen der SPD vor einiger Zeit verhängt worden ist, werden nun die Früchte sichtbar. Die Personalkosten sind für 2007 nicht gestiegen, und dass, obwohl im NKF Rückstellungen dargestellt worden sind. Der Stellenplan ist ausgewogen, und wird von der UWG gebilligt.

Die Bürgerinnen und Bürger in Kirchlengern werden dieses Jahr nicht zusätzlich belastet. Es gibt keine Erhöhung der Abwassergebühren, keine Erhöhung der Müllgebühren und auch keine Erhöhung der Steuern.

Fazit der UWG in Kirchlengern:

Nach alter Darstellung hätte Kirchlengern mit diesem Haushaltsbuch einen fast ausgeglichenen Haushalt. Aus Sicht der UWG ist Kirchlengern auf dem richtigen Weg. Die Investitionen im Straßenbau, im Abwasserbereich und auch im Industrie- und Gewerbegebiet Oberbehme sind hoch, aber auch in dieser Höhe zu vertreten. Deshalb könnte die UWG dem Haushalt für 2007 zustimmen. Für viele eben genannte Ausgaben, wie bei der Arbeitsmarktreform, dem Solidarbeitrag in den „Fond deutsche Einheit“, den Leistungen an Asylbewerber, der Krankenhausinvestitionspauschale und der

Mehrwertsteuererhöhung, trägt die UWG nicht die politische Verantwortung. Die Summe dieser Ausgaben beträgt über 1,7 Millionen Euro bei einem Defizit nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) von 1,9 Millionen Euro in 2007. Deshalb könnte die UWG diesen Haushalt ablehnen.

Wir werden uns heute mehrheitlich enthalten, um zu demonstrieren, dass 1,9 Millionen Euro neue Schulden nicht das Ergebnis des politischen Wirkens der UWG in Kirchlengern ist, sondern die Politik der großen Parteien, die schon mehr als die Hälfte aller Kommunen in die Haushaltssicherung getrieben hat.

Ich bedanke mich bei den Zuhörern.